

ZUKUNFTS-STANDORT EUROPA

FÜR EINE INNOVATIVE, WETTBEWERBSFÄHIGE UND RESILIENTE EU

Die **Weltordnung ist im Wandel**, Rivalitäten zwischen den USA und China nehmen zu, regionale Konflikte und Protektionismus führen zu einer zunehmenden Fragmentierung der globalen Wirtschaft. Gleichzeitig zeichnen sich neue geopolitische Allianzen und Blockbildungen ab. Teils abrupt eintretende Krisensituatoinen werden wiederum überlagert von langfristigen globalen Strukturtrends, wie der **digitalen und ökologischen Transformation** („Twin Transition“) und dem **demografischen Wandel**.

Vor diesem Hintergrund steht die EU vor einer Neuorientierung. Eine Betrachtung der drei **Standortdimensionen Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit** legt die zentralen Herausforderungen offen und zeigt → Lösungsansätze auf. Dabei spielen ein starker **Binnenmarkt**, der Abbau übermäßiger **Bürokratie** sowie die **Sicherung von leistbarer Energie** und der **Abschluss internationaler Handels- und Rohstoffabkommen** eine zentrale Rolle.

Innovatives Europa



Bei Innovationen und Zukunftsinvestitionen hinkt die EU China und den USA hinterher. Die Innovationschwäche zieht erhebliche makroökonomische Folgen nach sich.

💡 Zu wenig F&E-Investitionen - und Europa verharrt in der Mid-Tech-Falle



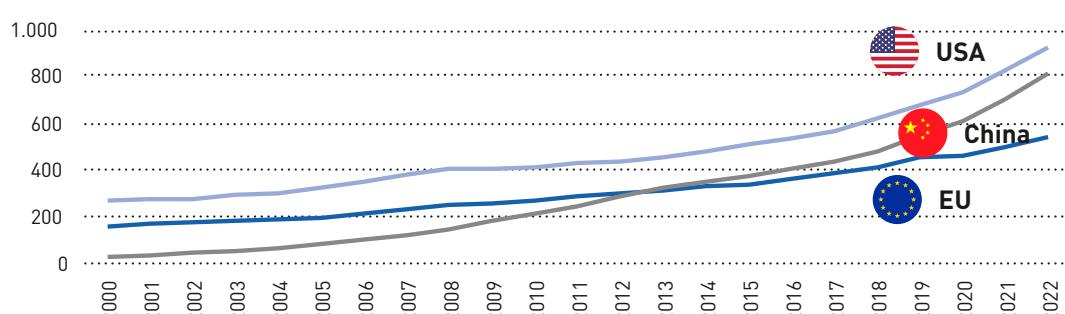
Sowohl die USA als auch China haben eine höhere F&E-Aktivität als die EU. Chinas F&E-Quote stieg von unter 0,6 % des BIP im Jahr 1995 auf 2,6 % im Jahr 2022 und übertraf die EU damit sowohl bei den absoluten Ausgaben (seit 2013) als auch bei der F&E-Quote (aktuell 2,11 %).

Die USA und China konzentrieren sich viel stärker auf High-Tech Industrien: In der EU entfallen rund 48 % der F&E-Investitionen auf sogenannte **Mid-Tech-Industrien**. In den USA hingegen fließen etwa 85 % in das High-Tech-Segment.

Die Fokussierung europäischer Unternehmen auf Mid-Tech-Industrien schwächt langfristig die Wettbewerbsfähigkeit, da diese geringere **Wachstums- und Skalierungspotenziale** bieten als High-Tech-Sektoren.

Entwicklung der Bruttoausgaben für Forschung und Entwicklung

in Mrd. USD, kaufkraftbereinigt



⚙️ Fehlendes Risikokapital hemmt Wachstum und Innovationen

Im internationalen Vergleich der Venture-Kapital-Investitionen (gemessen am BIP) sind 4 der Top-6-Staaten – Israel, USA, Estland, Kanada, Luxemburg, und Korea – keine EU-Mitgliedsländer. Der ungewichtete Durchschnitt der EU-Länder bei Venture-Kapital-Investitionen beträgt lediglich 0,04 % des BIP. Zum Vergleich: Israel: 2,86 %, USA: 0,47 %, Kanada: 0,23 %.

Die Beseitigung des Engpasses bei Risikokapital in Europa ist eine wichtige Voraussetzung für eine innovationsstarke Unternehmerlandschaft der Zukunft.

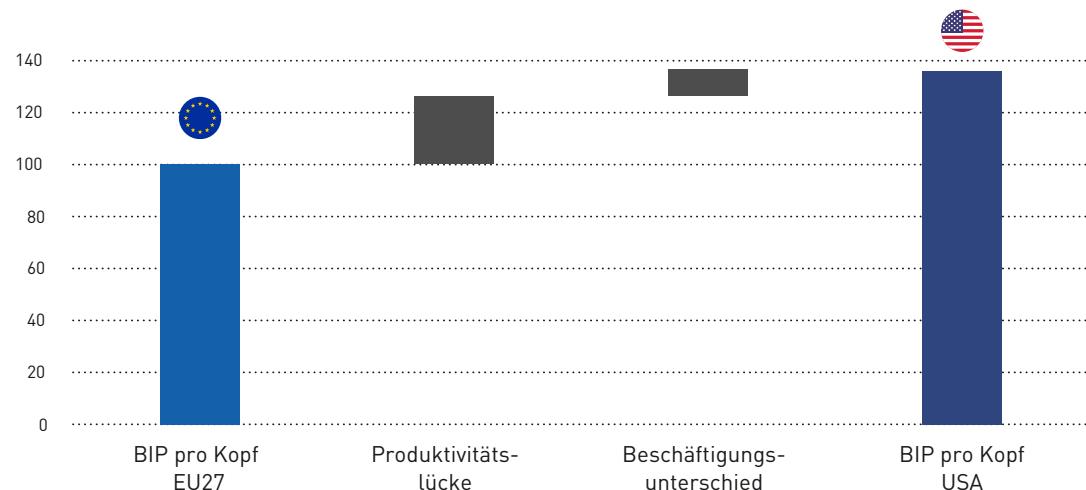
⚙️ Geringere Produktivität verursacht Wohlstandsunterschied zu den USA

Das kaufkraftbereinigte BIP pro Kopf ist in den USA um rund ein Drittel höher als in der EU. Insbesondere bei der Produktivität und auch bei Erwerbsbeteiligung schneidet die EU schlechter ab als die USA. Ein Grund dafür ist die anhaltende Innovationschwäche. Die starke Konzentration auf Mid-Tech-Industrien bremst Produktivitätsfortschritte und limitiert das Wachstumsspotenzial.

! Etwa 70 % des Wachstumsrückstandes der EU lassen sich auf geringere Arbeitsproduktivität zurückführen.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werden Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität umso dringlicher.

BIP pro Kopf kaufkraftbereinigt, 2023, Index EU27 = 100



Quelle: Eurostat, Draghi (2024), AMECO

LÖSUNGSANSÄTZE

- Europäische **Strategie für Forschung und Innovation** etablieren: Erhöhung von öffentlichen und privaten F&E-Ausgaben. Im nächsten Finanzrahmen einen Fokus auf Forschung und Innovation legen – mit mindestens 200 Mrd. Euro für FP10 und Priorität auf Schlüsseltechnologien
- **Spar- und Investitionsunion** umsetzen: Besseres Finanzierungsumfeld für innovative Unternehmen schaffen, vor allem auch risikofreundlicheres Kapital
- Europas **Arbeitskräftepotenzial** heben – inklusive einer Bildungs- und Weiterbildungsagenda mit Fokus auf zukunftsrelevante Fähigkeiten und Steigerung der regionalen Mobilität von Arbeitskräften

Wettbewerbsfähiges Europa



Steigende angebotsseitige Kosten durch **hohe Energiepreise** und **steigende bürokratische Belastungen**, subventionsbedingte Verzerrungen im internationalen Standortwettbewerb und eine nach wie vor bestehende **Fragmentierung des Binnenmarktes** setzen Europas Wettbewerbsfähigkeit unter Druck. Es ist höchste Zeit, Dekarbonisierung und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit konsequent gemeinsam zu betrachten.

➊ Rückgang der Industrieproduktion

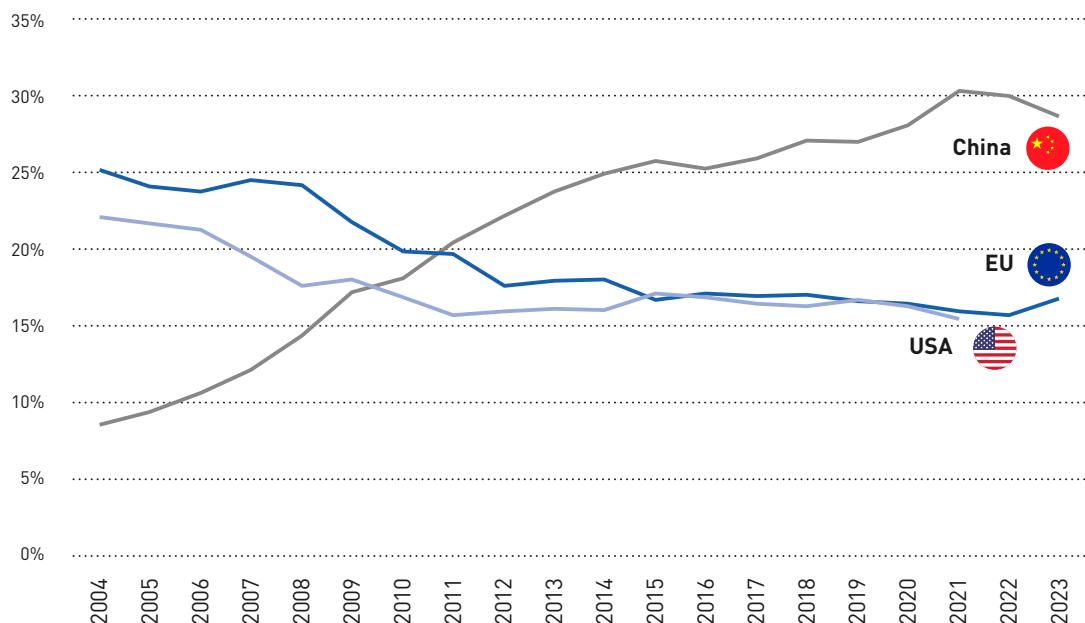
Mit gezielter **Industriepolitik** gelang es **China** in der Vergangenheit immer wieder, die Technologieführerschaft in wichtigen strategischen Bereichen zu erreichen. Dadurch wächst sein Anteil an der globalen industriellen Wertschöpfung kontinuierlich.

Mittlerweile ist China **vom günstigen Zulieferer und wichtigen Nachfrager zum direkten Konkurrenten** in den wichtigsten Industriebereichen der europäischen Länder mit traditionell starken industriellen Sektoren (Automobil, Maschinen, Chemie, etc.) aufgestiegen. Der chinesische Anteil an den weltweiten Industriegüterexporten steigt stetig, während der europäische Anteil rückläufig ist.

! 2023 entfielen rund 29 % der globalen industriellen Wertschöpfung auf China. Die EU kam auf 17 % – Tendenz fallend, was die schwindende industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas unterstreicht.

Für Europa ist daher der **Erhalt und Ausbau von Schlüsselindustrien** entscheidend, um sowohl Wirtschaftswachstum als auch Dekarbonisierung zu fördern.

Anteil an der globalen Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes in %



Quelle: Weltbank, eigene Berechnungen

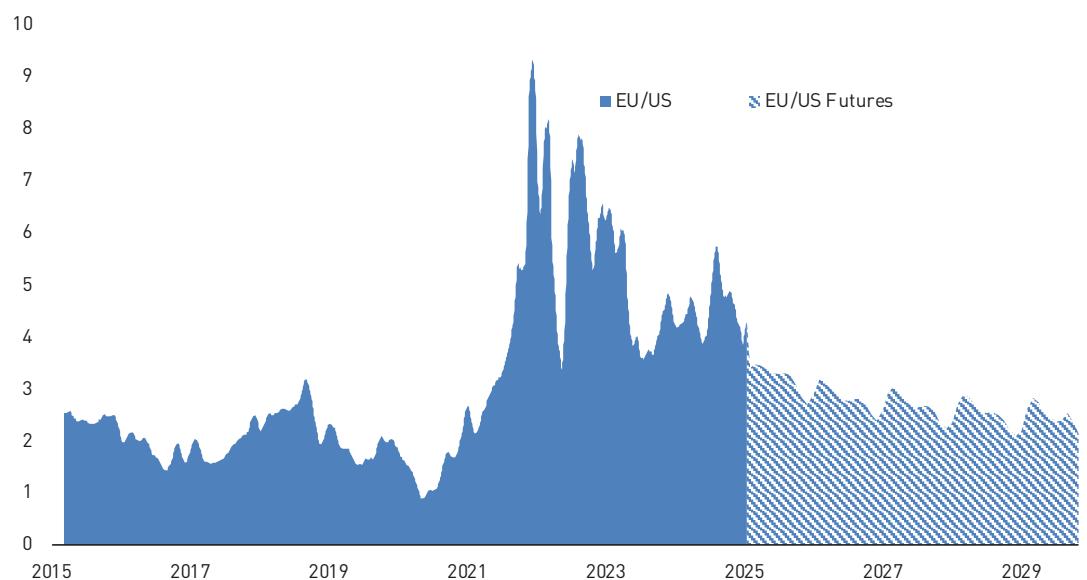
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit unter Druck

Europas Unternehmen haben erhebliche **Mehrkosten aus strukturellen Belastungen** zu tragen, die nicht nur die Industrieproduktion drosseln, sondern auch die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** des Standortes Europa beschädigen.

- **Energiekosten:** Aktuell zahlen europäische Unternehmen immer noch **vier- bis fünffach höhere Gaspreise** als ihre US-Wettbewerber:innen. Ein steigender Wettbewerbsdruck aus China und den USA verschärft die Situation zusätzlich. Künftig dürfte auch die neue Zollpolitik der USA erhebliche zusätzliche Belastungen für das verarbeitende Gewerbe in Europa mit sich bringen.

Verhältnis der EU-Gaspreis-Benchmark zum US-Pendant

DutchTTF/Henry Hub in EUR/MWh, strichlierte Fläche = Futures



Quelle: Trading Economics, Barchart, Investing.com

Die Wettbewerbsfähigkeit Europas hängt entscheidend von einer sicheren, bezahlbaren und diversifizierten Energieversorgung ab. Erforderlich dafür ist ein massiver Ausbau der Energieinfrastruktur und eine Reform des Strommarktdesigns.

- **Bürokratiekosten:** Bürokratie bindet Kapazitäten, die in den Betrieben in anderen Bereichen fehlen – etwa bei Forschung, Digitalisierung oder Markterschließung. Der Draghi-Report thematisiert Parallelitäten europäischer und nationaler Gesetzgebung: Diese „Doppelarbeit“ kostet demnach aufgrund komplexer Verfahren, übermäßiger nationaler Anforderungen und uneinheitlicher Kennzeichnungsnormen 200 Mrd. Euro pro Jahr. **Das ist mehr als ein Prozent des BIP der EU.**

Der Abbau bürokratischer Hürden ist ein wesentliches Element auf dem Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit. Europa braucht massive Verwaltungsvereinfachungen.

In der EU beschäftigen rund 28 % der KMU mindestens ein Zehntel des Personals mit regulatorischen Aufgaben. Quelle: EIB Survey

Binnenmarkt-Barrieren

Der **EU-Binnenmarkt** zählt 450 Millionen Verbraucher:innen und 31 Millionen aktive Unternehmen, meist KMU. Durch ihn ist der Handel zwischen den Mitgliedstaaten über die Jahre stetig gewachsen, und er schuf in den vergangenen mehr als 30 Jahren bis heute schätzungsweise 56 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze. Der EU-Binnenmarkt ist der größte gemeinsame Markt der Welt und gilt als stärker integriert als die anderen großen Wirtschaftsräume.



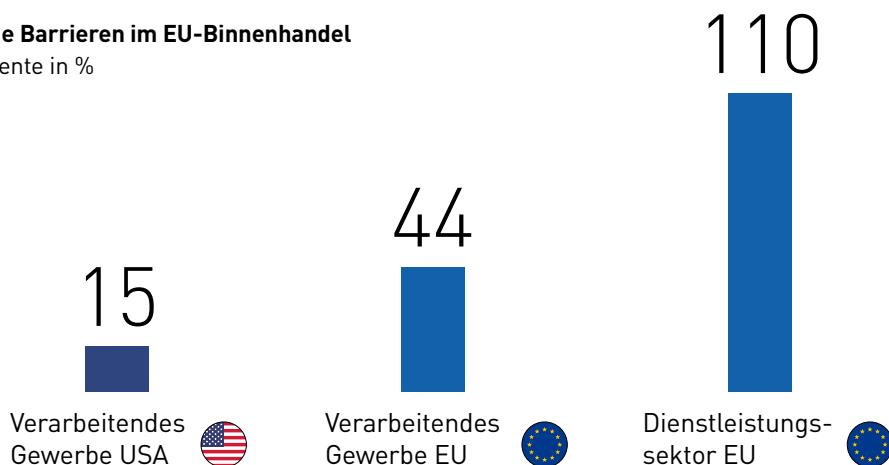
Den Binnenmarkt haben wir selbst in der Hand; er ist **geoökonomischer Puffer und Hebel zugleich**:

- **Puffer**, da Österreichs Ausfuhren zu ca. 70 % in den gemeinsamen Markt gehen. Nachfragerückgänge in anderen wichtigen Exportmärkten beeinträchtigen daher weniger hart.
- **Hebel**, da alle EU-Mitgliedstaaten gemeinsam als Handelspartner etwa für China so wichtig sind wie China für die EU.

Die Barrieren auf dem EU-Binnenmarkt sind auch nach 30 Jahren des Bestehens immer noch beträchtlich. Sie entsprechen **Quasi-Zöllen** in Höhe von 44 % für das verarbeitende Gewerbe und sogar in Höhe von 110 % für den Dienstleistungsbereich.

Verbliebene Barrieren im EU-Binnenhandel

Zolläquivalente in %



Quelle: IMF

Würden die bestehenden Handelsbarrieren für Dienstleistungen um 25 % reduziert, so ergäbe sich laut ifo-Institut für Österreich ein Wertschöpfungszuwachs von 3,8 %. EU-weit würde sich die Wertschöpfung mittelfristig um rund 350 Mrd. Euro erhöhen.

LÖSUNGSANSÄTZE

- **Europäische Industriestrategie:** strategisch ausgerichtete, abgestimmte Industrie- und Innovationspolitik, um Europa als Innovations- und Wirtschaftsstandort stark zu machen, „**Made in EU**“ stärken durch Bekenntnis zur lokalen Wertschöpfung
- **Wettbewerbsfähigkeit durch gemeinsames Handeln:** Europäische öffentliche Güter als strategische Priorität in den Bereichen Infrastruktur, F&E im Risiko- und Großprojektbereich und in der Verteidigung
- **Leistbare Energie:** Sichere Energieversorgung und niedrige Energiekosten sind Voraussetzungen für jede wirtschaftliche Aktivität ebenso wie für die Erreichung von Klima- und Nachhaltigkeitszielen
- **Binnenmarkt vertiefen**, resilenter gestalten und erweitern. Bestehende Binnenmarktregeln gilt es durchzusetzen, die Rechtstaatlichkeit auch im wirtschaftlichen Bereich zu stärken und den Schengenraum um die Kandidatenländer zu erweitern



Resilientes Europa

Die sicherheitspolitische Dimension gewinnt für Europa derzeit stark an Bedeutung. Vor dem Hintergrund von Abhängigkeiten oder protektionistischen Politiken anderer Wirtschaftsmächte ist ein Umdenken erforderlich. Strategische Resilienz und neue Impulse für offene Märkte und freien Handel sind gefragt.

⚙️ Zunehmende Abhängigkeiten und neue Allianzen

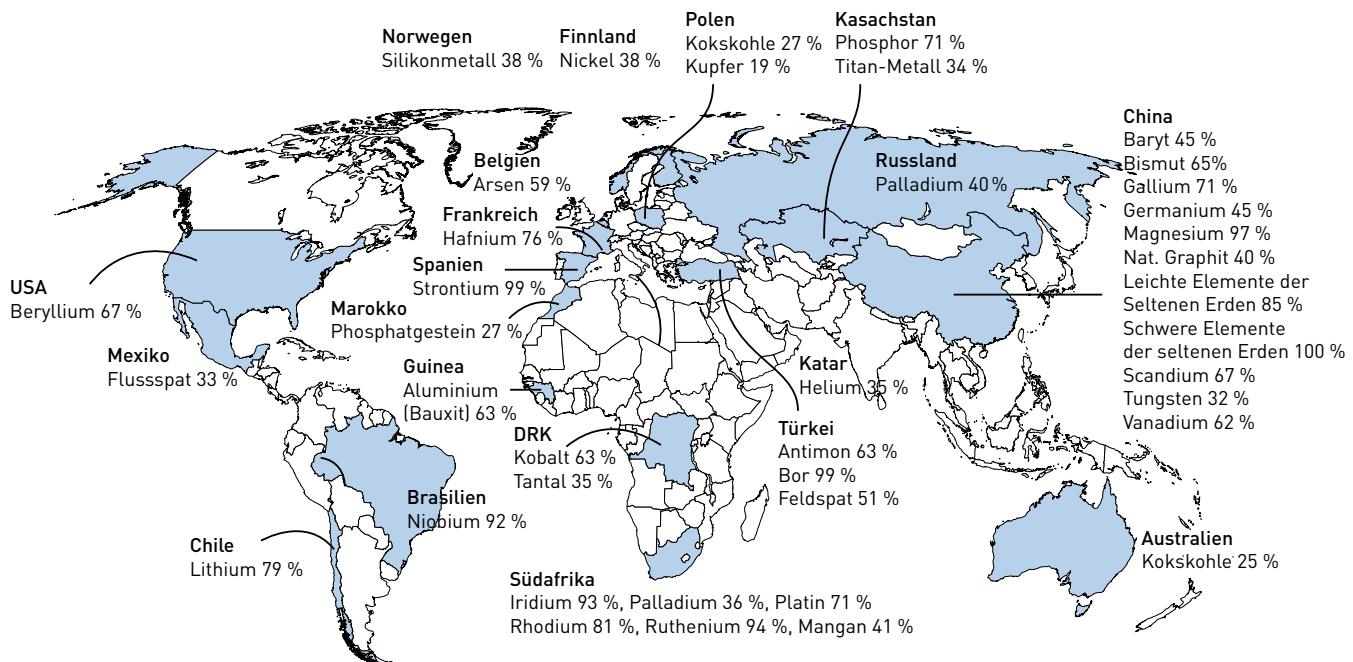
Strategische Abhängigkeiten in zukunftsweisenden Bereichen (z.B. Rohstoffe, Halbleiter) gefährden nicht nur die Umsetzung der grünen Transformation, sondern generell die Versorgungssicherheit Europas. Der Halbleitermarkt wächst rasant, die Chip-Produktion ist jedoch stark in Asien konzentriert. China ist sowohl global als auch für die EU die wichtigste Bezugsquelle für einen Großteil der kritischen Rohstoffe. Die Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen von wenigen Lieferländern erhöht die wirtschaftliche Verwundbarkeit Europas.

Die EU ist strategisch abhängig im Bereich moderner Halbleiter. Hersteller aus Taiwan und Südkorea bedienen rund 3/4 des globalen Marktes.

!

Deswegen braucht Europa eine echte Rohstoffwende mit deutlichen Investitionsanreizen in europäische Abbau- und Recyclingprojekte.

Wichtigste EU-Lieferanten einzelner kritischer Rohstoffe



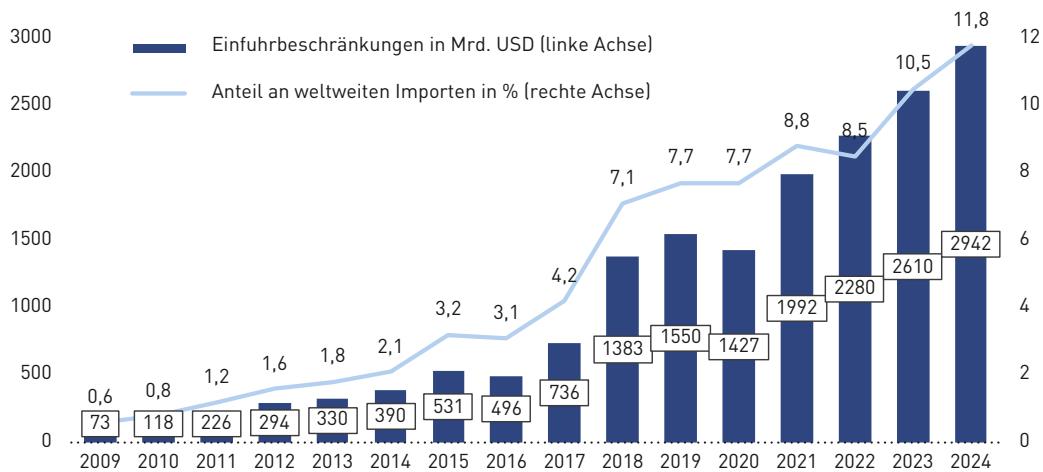
Quelle: Europäische Kommission

⚙️ Freihandel wird in seiner Existenz bedroht

Globale Handelsströme verschieben sich, handelsdiskriminierende Politiken sind im Vormarsch. Die WTO verzeichnet speziell seit der ersten Amtszeit von Donald Trump eine weltweite Zunahme von protektionistischen Maßnahmen. Vor seinem Amtsantritt 2016 waren etwa 3 % der weltweiten Importe von Handelsbeschränkungen betroffen, 2024 stieg dieser Anteil laut WTO auf etwa 12 %. **Aktuell ist die handelspolitische Unsicherheit so hoch wie nie zuvor.**

Weltweit von einfuhrbeschränkenden Maßnahmen betroffene Importe

in Mrd. USD und in % der weltweiten Importe



Anmerkung: Die Schätzung für 2024 basiert auf dem vorliegenden Datenbestand zu einfuhrbeschränkenden Maßnahmen bis 15. Oktober 2024. Quelle: WTO

China gewinnt handelspolitisch an Gewicht, die EU verliert ihren Einfluss. Bei den Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens ist dies am stärksten zu beobachten: Um insgesamt 127 % sind die chinesischen Exporte dorthin im Zeitraum zwischen 2013 und 2023 gewachsen. Zum Vergleich: Der EU gelang im selben Zeitraum lediglich eine Ausweitung der Ausfuhren in die Region um 20 %.

Insgesamt hat die Anzahl von bi- und multilateralen Handelsabkommen, an denen die EU beteiligt ist, in den vergangenen Jahren stetig abgenommen.

Ausstehende Handelsabkommen - insbesondere jenes mit den MERCOSUR-Ländern - sollten rasch finanziert und neue Abkommen mit willigen Partnern wie Australien, Indonesien, Indien, Philippinen, Thailand geschlossen werden.

⚙️ Neue verteidigungspolitische Herausforderungen

Sicherheit, geopolitische Resilienz und außenwirtschaftliche Handlungsfähigkeit sind zu Kernelementen europäischer Wettbewerbsfähigkeit geworden. Auch die Reduktion sicherheitsrelevanter Abhängigkeiten rückt in den Fokus der EU. Zugleich ist der Aufbau resilenter Lieferketten zentral.

Die USA richten ihren sicherheitspolitischen Fokus zunehmend weg von Europa in Richtung Indo-Pazifik, was für die EU neue Ausgaben bedeuten wird. Einem Rückzug der US-Streitkräfte aus Europa würde kurzfristig eine jährliche Erhöhung der EU-Verteidigungsinvestitionen um rund 250 Mrd. Euro erfordern, was etwa 3,5 % des BIP entsprechen würde (Quelle: IfW Kiel).

LÖSUNGSANSÄTZE

- **Proaktive Handelspolitik umsetzen:** Europa als neues Zentrum der liberalen Welt: Die EU sollte sich als verlässliche Partnerin für freien Handel präsentieren. Handelsabkommen sind dazu ein Schlüsselinstrument. Ebenso braucht es ein gemeinsames entschiedenes Vorgehen gegen unfaire Praktiken; handelspolitische Defensivkapazitäten sollten konsequent genutzt werden
- **Strategische Autonomie und Versorgungssicherheit stärken:** Resiliente, diversifizierte Lieferketten durch Partnerschaften und Investitionen fördern, Zugang zu Rohstoffen und Vorprodukten über Handelsabkommen sichern
- **Sicherheits- und Verteidigungsindustrie** als Bestandteil europäischer Standortpolitik etablieren: Ausgaben für militärische F&E steigern langfristig die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie ist nicht nur sicherheitspolitisch geboten, sondern auch industriepolitisch-strategisch sinnvoll

Fazit

Die Herausforderungen der **grünen und digitalen Transformation**, der demografische Wandel und die sich rasant verändernden geopolitischen Rahmendbedingungen erfordern eine **Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik**.

Eine **EU-Standortpolitik**, die Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit zusammen adressiert, bietet die besten Chancen für einen **Wirtschaftsstandort Europa**, der Freiheit, Sicherheit und Wohlstand auch in Zukunft sicherstellt.

